



Bettina Hagedorn

Eure Bundestagsabgeordnete für Nordstornarn und Ostholstein

www.bettina-hagedorn.de

Stark im Handeln – nah bei den Menschen!

**Rechenschaftsbericht als Bundestagsabgeordnete
für Ostholstein und Nordstormarn über die Jahre 2013 bis 2015**

Liebe Leserinnen und Leser,

mit diesem Rechenschaftsbericht über die letzten zwei Jahre meiner Arbeit als Bundestagsabgeordnete möchte ich Ihnen wieder eine kompakte Zusammenfassung geben: sowohl über meine inhaltlich-fachlichen Arbeitsschwerpunkte in Berlin wie auch über mein Wirken im Wahlkreis, meine Zusammenarbeit mit Verbänden und Institutionen, Kontakte zu verschiedenen Zielgruppen sowie zu Bürgerinnen und Bürgern und über meine Öffentlichkeitsarbeit. Ich hoffe, dass Sie mit dieser Übersicht einen informativen Einblick in meine Arbeit erhalten und wünsche Ihnen viel Spaß beim Lesen!

1. Landesvorstand



Mit Ralf Stegner beim Wahlkampfauftakt 2013 in Kasseedorf. © Büro Hagedorn, Eutin

Am 14. und 15. März 2015, wählte mich der ordentliche Landesparteitag der SPD in Neumünster mit 81,4 Prozent der Stimmen bereits zum fünften Mal zur stellvertretenden Landesvorsitzenden der SPD Schleswig-Holstein. Schon seit 2003 bin ich Mitglied im Landesvorstand, seit 2007 als Stellvertreterin unseres Landesvorsitzenden Ralf Stegner. Als Bundestagsabgeordnete bilde ich dort eine „Schnittstelle“ zwischen Landesvorstand und unserer Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion. Ich freue mich, dass Ralf Stegner und ich unsere lange gemeinsame Arbeit auch für zwei weitere Jahre fortsetzen können!

2. Meine Arbeit in Berlin

Wie Sie wissen, bin ich seit meiner Wahl in den Bundestag 2002 Mitglied im **Haushaltsausschuss** des Bundestags. Meine Aufgaben dort sind in den letzten 13 Jahren stetig gewachsen – so bin ich seit 2009 die **stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin** der SPD-Bundestagsfraktion und wurde im gleichen Jahr erstmals in den SPD-Fraktionsvorstand gewählt.

Der Kampf gegen die Finanzkrise in Europa hat unsere Arbeit im federführenden Haushaltsausschuss in den vergangenen beiden Jahren weiter geprägt – angesichts der gravierenden Folgen, die mit den Entscheidungen über Rettungsschirme, Fiskalpakt, ESM und Finanzmarktregulierung verbunden sind, auch eine große persönliche Herausforderung. Zu diesen Themen bin ich auch mehrfach in die Krisenländer Griechenland, aber auch Spanien und Portugal gereist, deren Berichte an die Troika sind beständiger Teil unserer Tagesordnungen. Seit Wochen bestimmt die griechische Verhandlungsführung mit den europäischen Partnern seit dem dortigen Regierungswechsel Ende Januar 2015 unsere Debatten – u.a. im Gespräch mit dem europäischen Wirtschaftskommissar Pierre Moscovici. Für uns SPD-Haushälter waren die politischen Entscheidungen für eine entschiedene Finanzmarktregulierung und eine verbesserte Aufsicht über die großen europäischen Banken, die wir im Koalitionsvertrag mit der CDU/CSU festgeschrieben haben, elementare Schritte, um zu verhindern, dass die Finanzkrise nicht wieder das Ni-



© Studio Kohlmeier, Berlin

veau erreicht, das wir ab 2008 erlebt haben.

Meine fachlichen Hauptaufgaben im Haushaltsausschuss haben sich nach der Bundestagswahl 2013 - wie nach jedem Wahlperiodenwechsel – erneut verändert: bis Herbst 2013 war ich als **Hauptberichterstatterin für die Finanzen des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales** zuständig und damit für rund 40 Prozent des gesamten Bundeshaushalts. Schwerpunkt meiner Arbeit war in dieser Zeit der von Schwarz-Gelb als „Sparpaket“ getarnte Milliarden-Kahlschlag bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik und hier speziell bei den JobCentern. Zuständig war ich ebenso für die Bundesagentur für Arbeit, die Rente und die Grundsicherung.



Mit Sigmar Gabriel in Niendorf. © Rainer Wiebusch

Seit der Bundestagswahl 2013 bin ich für den **Haushalt des Bundesverkehrsministeriums** zuständig und damit für ca. 23 Mrd. Euro pro Jahr und den größten Investitionsetat – in Zeiten fehlender Milliardenbeträge für den Erhalt von Brücken, Straßen, Wasser-, Schienenwegen und Breitbandausbau ein „heißes Eisen“ mit reichlich Konfliktstoff innerhalb der Koalition und zwischen Bund und Ländern. Obwohl wir schon mit dem Koalitionsvertrag 5 Mrd. Euro zusätzlich für Investitionen in Verkehrsinfrastruktur bis 2018 bereitgestellt haben und aktuell mit dem Nachtragshaushalt ein 15-Mrd.-Euro-Paket beschlossen wurde, von dem erneut knapp 4,4 Mrd. Euro zusätzlich in den Dobrindt-Etat fließen werden, wird dieser Investitionschub dennoch nicht reichen, um alle Begehrlichkeiten zu stillen. Jetzt kommt es vor allem darauf an, die finanziellen Mittel unter der Überschrift „Erhalt vor Neubau“ dort einzusetzen, wo sie am dringendsten gebraucht werden. Angesichts immer stärker „bröckelnder“ Straßen (Stichwort Rader-Hochbrücke!), auch bei uns in Schleswig-Holstein, ist diese Priorisierung überfällig. Die SPD hat jetzt gemeinsam mit der CDU/CSU dafür gesorgt und vertraglich abgesichert, dass allein die Deutsche Bahn bis 2020 28 Mrd. Euro in das deutsche Schienennetz und Bahnhöfe investieren wird und die sogenannte Verkehrsinvestitionslinie – also alle Investitionen in Schiene, Straße und Wasserstraße – dauerhaft von 10 auf 12 Mrd. Euro pro Jahr angehoben wird. Dennoch: für den Bundesverkehrswegeplan, der 2015/2016 verabschiedet wird und alle prioritären Verkehrsprojekte bis 2030 festlegen wird, haben die Länder 2.000 (!) Verkehrsprojekte gemeldet und damit natürlich viel mehr, als realisierbar sind. Da jeder Euro nur einmal ausgegeben werden kann und wir die Schuldenbremse im Grundgesetz verankert haben, ist diese „Quadratur des Kreises“ DAS Topthema in Berlin.



Im Gespräch mit Torsten Albig. © Sandra Lechelt

Gerade die Wasserstraßen, in die seit 2009 unter Schwarz-Gelb insgesamt über 700 Mio. € weniger investiert wurde als geplant, dürfen mit ihrer enormen Bedeutung für die maritime Wirtschaft nicht zu kurz kommen: Mein ganzer Einsatz gilt schon **seit 2011 dem Nord-Ostsee-Kanal (NOK), für den ich damals die Aktion „SOS für den Nord-Ostsee-Kanal – der Norden steht auf!“** mit der SPD im Land begründete. Seitdem hat der Haushaltsausschuss des Bundestages – und NICHT etwa der Verkehrsminister – auf Initiative von mir und meinem Hamburger Kollegen Johannes Kahrs **insgesamt 800 Mio. Euro für die Instandsetzung des Kanals beschlossen**. Für den Norden waren diese Beschlüsse positive Paukenschläge: Zum einen beschlossen die Haushalter **im April 2014 485 Mio. Euro für den Neubau der 5. Schleusenkammer in Brunsbüttel** und **im Juni 2014 dann 265 Mio. Euro für den Ausbau der Oststrecke des Nord-Ostsee-Kanals bis 2019** – ein großartiges und überdeutliches Signal an die Landespolitik und an die maritime Wirtschaft sowie an tausende Beschäftigte, deren Job am Funktionieren dieser wichtigsten Wasserstraße der Welt hängt. Seit Oktober ist

jetzt auch klar: der Oststreckenausbau wurde vom Verkehrsminister nun als „Bezugsfall“ eingestuft, d.h. er wird nicht noch einmal zeitaufwendig auf Wirtschaftlichkeit überprüft, sondern kann ohne Verzögerung in Angriff genommen werden. Ich weiß, dass sehr viele Beschäftigte und Unternehmer im Norden auf diese Nachricht gewartet haben und bin noch immer überglücklich über diesen Erfolg. Es ist zu hoffen, dass jetzt auch die **Planung der Levensauer Hochbrücke Fahrt aufnimmt, für die die knapp 50 Mio. Euro ebenfalls schon im Bundeshaushalt verankert sind** und deren Bau Voraussetzung dafür ist, dass der 6. Bauabschnitt der Oststreckenbegradigung verwirklicht werden kann. Mit diesen **insgesamt 800 Mio. Euro** schweren Beschlüssen haben wir Haushalter dem Verkehrsministerium klar und deutlich gemacht, dass der Nord-Ostsee-Kanal nicht mehr „auf die lange Bank geschoben“, sondern zügig in Angriff genommen werden muss – als nächstes muss das Verkehrsministerium jetzt „in die Puschen kommen“, um die 30-40prozentige Bezuschussung durch EU-Mittel (CEF) für beide Projekte in Brüssel abzusichern.



In Berlin bei einer Veranstaltung zur Zukunft des NOK der IHK gemeinsam mit der Initiative Kiel Canal und den norddt. Hafenverbänden. © Yorck Maecke

Wort gehalten hat die SPD auch beim **Thema Wasser- und Schifffahrtsverwaltung (WSV), die in Schleswig-Holstein allein ca. 1.200 Beschäftigte hat**. Die bundesweit über 12.000 Mitarbeiter der WSV sollten unter Schwarz-Gelb noch einen Stellenabbau auf unter 10.000 Beschäftigte erleben ... es gab Einstellungs- und Beförderungstopps und keine Übernahme von Auszubildenden. Wie versprochen haben wir das Blatt gewendet: Die Personalräte wurden erstmalig bei der Organisationsreform beteiligt und statt Stellenabbau gibt es jetzt eine Einstellungsoffensive. Wir von der SPD bekennen uns dazu, dass unsere Wasserstraßen und Küsten als Teil der Daseinsvorsorge von hochspezialisierten Fachkräften mit guter Arbeitsplatzperspektive organisiert, überplant und betrieben werden. Allein die Investitionen am NOK haben diverse Neueinstellungen erforderlich gemacht.

Angesichts meiner gewachsenen Aufgaben im Haushaltsausschuss muss ich immer häufiger im Bundestag Reden halten – und eben nicht mehr „nur“ zu Arbeit und Rente oder Verkehrsfragen vom Nord-Ostsee-Kanal bis zur Beltquerung, sondern allein im letzten Jahr dreimal in der so genannten „Elefantenrunde“ der Kanzlerin, u.a. zur Entlastung der Kommunen, zur Schuldenbremse, zur Haushaltskonsolidierung, zur EZB-Politik oder zur Eurokrise – zuletzt am 26. Februar zur außerplanmäßigen Kreditrückzahlung Portugals. Allein seit 2014 habe ich im Bundestag zwölf Reden gehalten. **Alle meine Redebeiträge können selbstverständlich über meine Homepage www.bettina-hagedorn.de „angeklickt“ und angeschaut werden.**



Mit den Hauptpersonalräten der WSV und meinem MdB-Kollegen der CDU, Eckhardt Rehberg. © Büro Hagedorn, Berlin

Neben dem Haushaltsausschuss gehöre ich ebenfalls seit 2002 dem **Rechnungsprüfungsausschuss** an, der die Haushalts- und Wirtschaftsführung des Bundes überwacht und kontrolliert. Nachdem ich bereits seit 2009 als Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion und Berichterstatterin für das Verkehrsministerium in diesem Ausschuss tätig war, wurde ich im Januar 2014 zur **Ausschussvorsitzenden** gewählt. Das ist insbesondere vor dem Hintergrund, dass dieser Ausschuss seit 2009 kontinuierlich die Berichte zur FBQ abfordert, diskutiert und kritisch bewertet, für Ostholstein vorn enormen Wert.

Nach 20 Jahren aktiver Kommunalpolitik u.a. als ehrenamtliche Bürgermeisterin und Amtsvorsteherin im Bungsbergraum (bis 2003) ist mir auch meine Arbeit in der **Arbeitsgruppe Kommunalpolitik** der SPD-Bundestagsfraktion, deren stellvertretende Sprecherin ich seit 2005 bin, sehr wichtig. Insbesondere die Herausforderungen des ländlichen Raums fallen dort in meinen Zuständigkeitsbereich.

3. Mein Schwerpunkt: der Kampf gegen die Fehmarnbeltquerung

Da ich seit Ende der 90er Jahre eingefleischte Beltquerungsgegnerin bin, bin ich sehr glücklich, dass ich im Haushaltsausschuss als Berichterstatterin für das Verkehrsressort und im Rechnungsprüfungsausschuss als Vorsitzende gerade in dieser Wahlperiode – da die wesentlichen Weichenstellungen für die

Fehmarnbeltquerung anstehen – mich in so maßgeblichen Schlüsselstellungen aktiv einmischen kann. Mit dem Ergebnis des Raumordnungsverfahrens vom 6. Mai und dem Gutachten der Bahn zur Tragfähigkeit der Sundquerung vom 3. September 2014, spätestens aber seit Anfang 2015 mit den Schreiben Dobrindts an den dänischen Verkehrsminister Heunicke zur Zeitverzögerung und dem Bericht des Verkehrsministeriums an den Rechnungsprüfungsausschuss zur Hinterlandanbindung (Zeitverschiebung von 2021 auf frühestens 2024 und Kostensteigerung auf mindestens 2,1 Mrd. €) ist die Fehmarnbeltquerung in eine kritische, entscheidende Phase eingetreten.

Dass seit Anfang 2015 große, überregionale Zeitungen wie der Tagesspiegel, die Welt, das Handelsblatt, die Süddeutsche oder die Zeit in ausführlichen Artikeln über die Beltquerung berichten, kommt daher nicht von ungefähr. Nach meiner festen Überzeugung kann die geplante Hinterlandanbindung auf der Grundlage der vom Land Schleswig-Holstein am 6. Mai 2014 als Ergebnis des Raumordnungsverfahrens (ROV) empfohlenen Vorzugsvariante mit 55 km Neubautrasse (anstatt 75 km Bestandstrasse) auf keinen Fall vor 2028 fertig gestellt werden und wird – **inklusive neuer Sundquerung** – mindestens 3 Milliarden Euro kosten anstatt der 2009 prognostizierten 840 Mio. Euro.



Mit Lars Winter und Reinhard Meyer am Kleiderbügel im September 2014.



Im Gespräch mit FBQ-Gegnern in Bad Schwartau. © Büro Hagedorn, Eutin

Seit der Tragfähigkeitsstudie der Bahn von 2012 ist schon klar: Die **Sundquerung** muss – und zwar einzig und allein wegen des Güterschwerlastverkehrs auf der Schiene – für den mit der Beltquerung steigenden Verkehr ertüchtigt werden. Während Verkehrsstaatssekretär Ferlemann (CDU) sich am 3. September 2014 mit der Variantendarstellung der Bahn (2 Brücken- und 2 Tunnelvarianten) sofort auf zwei neue Brücken als Ersatz für die Sundbrücke festlegte und das bis heute penetrant tut (es ist die preiswerteste Variante!), habe ich mit unserem Landesverkehrsminister Reinhard Meyer und Lars Winter am 15. September in Strukkamp bereits die Tunnelvariante favorisiert – und das ist bis heute so. Die Region hat sich später ebenso **für eine Tunnelvariante** ausgesprochen wie der SPD-Landesparteitag am 27. September und der Landtag ebenfalls. Am 24. Oktober hat mir das Bundesverkehrsministerium dann bestätigt, dass die von mir ins Spiel gebrachte Tunnelvariante – zwei Straßen- und zwei Schienenspuren im Tunnel, zwei Straßenspuren auf der bestehenden Sundbrücke – zusammen mit den weiteren Alternativen geprüft wird. Diese „abgespeckte“ Tunnelvariante hat als einzige den Charme, dass sie zu einem Erhalt der jetzigen Brücke in Kostenträgerschaft des Bundes führen würde. Denn klar ist: wenn der Bund unseren „Kleiderbügel“ nicht

mehr nutzt, dann wird er – trotz Denkmalschutz – wohl abgerissen werden müssen, weil Land und Kreis die Folgekosten nicht allein tragen können. Dobrindt will noch in der ersten Jahreshälfte 2015 eine Entscheidung treffen ... wir können in Ostholstein schon einmal die nächste Protestfront aufbauen!

Ins neue Jahr 2015 startete ich **am 16. und 17. Januar** mit einem Gast aus Bayern, der als einer von 13 SPD-Abgeordneten im Juni 2009 mit mir GEGEN den Staatsvertrag zur FBQ gestimmt hat und dessen Wort in Berlin Gewicht hat: **der Verkehrsausschussvorsitzende im Bundestag, Martin Burkert (SPD)**, kam

wegen der Planungen zur Hinterlandanbindung der Beltquerung **nach Ratekau, Bad Schwartau, Großenbrode und Fehmarn**, wo wir gemeinsam mit der Konzernbeauftragten der DB Manuela Herbert und ihrem Projektmanager Homfeldt uns den Fragen der Bürgerinnen und Bürger stellten.

„Zeitdruck und Kostenexplosion bei Verkehrsprojekten“: Aktueller hätte der Titel meiner Veranstaltung mit Martin Burkert in Ratekau kaum sein können. Am 14. Januar gelangten drei Schreiben von Bundesverkehrsminister Dobrindt an seinen dänischen Amtskollegen Heunicke in die Medien, in denen er bereits im September 2014 eine Zeitverzögerung „von mehreren Jahren“ bei der Fehmarnbelttrasse angekündigt hatte.

Für die Menschen in Ostholstein ist diese Verzögerung eine **Hiobsbotschaft**: Sie müssen jetzt befürchten, dass nach Fertigstellung des Belttunnels – nach dem Zeitplan von Femern A/S schon 2022 – **täglich über 70 Güterzüge ohne zusätzlichen Lärmschutz auf der Bestandstrasse durch die Bad- und Kurorte rattern**, bis die neue Hinterlandanbindung Jahre später steht. Staatssekretär Ferlemann hat ausdrücklich bestätigt, dass dieses Szenario durch nationale Gesetze nicht abgewendet werden kann und sagte den Lübecker Nachrichten im Januar lapidar: „Wo es eine Trasse gibt, darf die auch befahren werden“.



Mit Martin Burkert, Sandra Redmann und Lars Winter in Ratekau im Januar. © Büro Hagedorn, Eutin



Mit Søren Poulsgaard Jensen auf der Prinsesse Benedikte. © Büro Hagedorn, Eutin

Wenn die CDU/CSU aus Großprojekten wie Stuttgart 21 eines gelernt haben sollte, dann, die Anwohner und ihre Sorgen ernst zu nehmen! Stattdessen verteilt Ferlemann eine Beruhigungsspiel: Er könne sich „vorstellen, dass man die Güterzüge erst einmal auf der Jütlandroute lässt“. **Fakt ist: der einzige Weg, dieses Horrorszenario sicher zu verhindern, ist allein eine neue vertragliche Regelung mit Dänemark (nach Art. 22), in der sich Dänemark verpflichtet, die Güterzüge über die Jütlandroute zu führen bis die Hinterlandanbindung inklusive Sundquerung komplett fertig ist!**

Auch die dänische Öffentlichkeit muss erfahren, wie groß – und vor allem wie berechtigt – der Widerstand nicht nur in der Region Ostholstein gegen die Feste Fehmarnbeltquerung ist. **Daher bin ich am 12. März als „Special Guest“ des NABU mit dem in Ostholstein bekannten Vertreter Malte Siegert nach Kopenhagen gereist, um im Gespräch mit den dänischen Medien über die schwerwiegenden Bedenken zur Festen Beltquerung auf deutscher Seite und über die Diskussion um den Art. 22 aufzuklären.** Die Kosten explodieren in beiden Ländern, während die Verkehrsprognosen stagnieren und auf fehlerhafter Grundlage kalkuliert wurden. Die Zeitpläne sind mit 2024 zwar schon korrigiert, aber immer noch geschönt, weil z.B. Zeitpuffer für Klageverfahren nicht berücksichtigt sind, obwohl der Rechtsweg ganz sicher beschritten wird. Beide Verkehrsminister – sowohl Dobrindt (CSU) wie sein dänischer Amtskollege Heunicke – haben bei ihrem Treffen im Februar in Berlin getreu der bisherigen „Salamitaktik“ im Ergebnis nur Durchhalteparolen geboten.

Anlass für die Einladung des NABU war, dass Verkehrsminister Heunicke jetzt im März das Baugesetz im dänischen Folketing zur 1. Lesung vorlegt und Femern A/S bereits angekündigt hat, dass es in 2./3. Lesung des Parlaments noch vor der Sommerpause abschließende Fakten schaffen soll. Die Resonanz war entsprechend groß: 15 Journalisten von allen großen dänischen Medien waren zum mehrstündigen Pressegespräch sowie detaillierten Interviews mit Malte Siegert vom NABU und mir gekommen. Führende dänische Medien wie Politiken, Børsen, Berlingske Tidende, Jyllands-Posten, Ingeniøren und Flensborg Avis führten persönliche Interviews und berichteten breit über die deutschen Bedenken (eine Auswahl dänischer Artikel finden Sie auf meiner Homepage in deutscher Übersetzung). Auch ein Kamerateam des NDR-Magazins Panorama 3 begleitete unsere Reise nach Kopenhagen. Im Auftrag des NABU hatte die Beraterfirma EHRENBERG Kommunikation das Pressemeeting organisiert, die u.a. auch für „Scandlines“ tätig ist, was Femern A/S und Heunicke im Anschluss medienwirksam skandalisierten.

Das enorme Interesse der dänischen Medien an unserem Gesprächsangebot zeigt: Auch in Dänemark wird man langsam aufmerksamer und nachdenklicher, oder wie es der **Flensborg Avis schreibt: „Die breite politische Mehrheit im Folketing für die Querung brösel“**. Parallel zu dieser Presseoffensive in Kopenhagen habe ich – ebenso wie mein Bundestagskollege Martin Burkert als Verkehrsausschussvorsitzender – Abgeordnetenkollegen im Folketing zwecks Gesprächsangeboten angeschrieben, denn jetzt haben die Parlamente das Wort. Mein Besuch in Kopenhagen hat bestätigt, dass auch in Dänemark realisiert wird, dass in Ostholstein tausende Menschen gegen das Projekt sind und dass der Artikel 22 des Vertrages – unabhängig davon, ob man für oder gegen das Projekt ist – die Vertragsparteien verpflichtet, den Vertrag zu korrigieren, weil sich seit 2008 die Grundvoraussetzungen elementar geändert haben. Das ist eindeutig und in jeder Einzelheit der Fall: Statt



Mit Malte Siegert in Kopenhagen. © Anne Laursen

2018 steht ein neues, gemeinsam vereinbartes

und realistisches Eröffnungsdatum (2028?) nicht fest. Die Dänen bauen statt einer Brücke einen Tunnel, die Deutschen bauen statt der eingleisigen Elektrifizierung der Bestandstrasse jetzt zweigleisig und auf 55 km komplett neu sowie vermutlich mit einer Höchstgeschwindigkeit für die Bahn von 200 anstatt nur 160 km/h. Mit der Storströms- und der Fehmarnsundbrücke sollen gleich zwei Brücken für zusammen über 1 Mrd. Euro wegen des Schienengüterschwerverkehrs erneuert werden. All das ist eine 180-Grad-Wende gegenüber 2008 mit milliardenschweren Kostensteigerungen auf beiden Seiten des Belts. Ich hoffe, dass die dänischen Kollegen im Folketing sich angesichts dieser Tatsachen von Femern A/S zu keinem parlamentarischen Hau-Ruck-Verfahren drängen lassen – denn in Dänemark wird spätestens in diesem Sommer gewählt. Wenn das Baugesetz bis dahin nicht in 3. Lesung beschlossen wird, muss das dänische Gesetzgebungsverfahren im Herbst neu starten. **Die Politik sollte sich auf beiden Seiten des Belts ehrlich machen – der Artikel 22 ist dafür der Schlüssel.**

Erst gestern, am 27. März, hat der Rechnungsprüfungsausschuss unter meinem Vorsitz den jüngsten Bericht des Bundesverkehrsministeriums zu den Zeitverschiebungen und Kostensteigerungen diskutiert und beraten. Auf Grundlage einer erneut sehr kritischen Stellungnahme des Bundesrechnungshofs **hat der Rechnungsprüfungsausschuss das Verkehrsministerium nun ausdrücklich und einstimmig (!) aufgefordert, auf der Grundlage von Art. 22 Absatz 2, Satz 2, rechtlich zu prüfen, ob der Staatsvertrag neu zu verhandeln ist.** Dass alle Fraktionen diese Prüfung für notwendig halten, zeigt ganz deutlich: Die Stimmung in Berlin ist heute eine andere und erheblich kritischer als bei Zustimmung zum Staats-

vertrag im Jahr 2009 – die Forderung nach erneuten Gesprächen hat damit endlich auch Rückenwind aus Berlin!

Es bleibt dabei: die ökologisch wie sozial beste Alternative zur Festen Fehmarnbeltquerung ist ein moderner Fährverkehr. Bereits seit 2012 habe ich mit „Scandlines“ nicht nur intensive Gespräche über die ökologisch vorbildliche Modernisierung ihrer Fährflotte geführt, sondern auch mehrere Veranstaltungen zu ihrem Zukunftskonzept der „Zero-Emission-Ferry“ gemacht – in Timmendorfer-Strand, Puttgarden und in Berlin bei der „SPD-Küstengang“. Auch mit Martin Burkert gemeinsam habe ich zuletzt am 17. Januar bei einer Gesprächsrunde an Bord der Scandlines-Fähre „Prinsesse Benedikte“ und am 28. Januar in Berlin diese Kontakte fortgesetzt.

Der innovative und umweltfreundliche Fährbetrieb über den Belt – 48 Mal täglich! –, der seit Jahren fast 700 Arbeitsplätze bei uns in Ostholstein sichert, ist mit seinen emissionsarmen Hybridantrieb-Fähren bereits heute einer der Vorreiter beim Einsatz modernster Antriebstechnologie. In 5 bis 6 Jahren könnte Scandlines mit der „**Zero-Emission-Ferry**“ sogar komplett emissionsfreie batteriebetriebene Fähren einsetzen, die ausschließlich über Windkraft und erneuerbare Energien angetrieben werden. Diese Vision passt zum Konzept der Bundesregierung für unsere ehrgeizigen Klimaziele und den Erfolg der Energiewende, und darum setze ich mich dafür ein. **Über die Mobilitäts- und Kraftstoffstrategie hat der Haushaltsausschuss im November 2014 18 Mio. Euro für innovative Antriebstechnologien bewilligt**, aus denen auch die Entwicklung dieser Zero-Emissionsfähren gefördert werden könnte. Zusammen mit dem **Nationalen Innovationsprogramm Brennstoffzellentechnologie (64 Mio. Euro)** stehen nun mehr als 82 Mio. Euro für den Aufbau einer modernen Infrastruktur bereit, die besonders den norddeutschen Häfen zu Gute kommen können – damit wollen wir landseits die notwendigen Voraussetzungen für den Betrieb modernster Fährschiffe auf den Weg bringen – auch für Puttgarden kann das eine Option sein.

4. Energiewende und Stromtrassenplanung in Ostholstein

Auch die **Energiewende bleibt mein „Herzensthema“**: Am 11. Juni 2014 lud ich mit meiner **SPD-Bundestagskollegin aus Lauenburg und Energieexpertin Dr. Nina Scheer zur Veranstaltung zur EEG-Reform nach Oldenburg** und damit zu einem brisanten Thema ein: Die anstehende Reform



Mit Nina Scheer beim 2. Stadtwerkegespräch in Eutin. © Büro Hagedorn, Berlin

des Erneuerbare-Energien-Gesetzes birgt Herausforderungen und Chancen für Schleswig-Holstein und ganz besonders natürlich für Ostholstein mit seinen vielen Windparks, Photovoltaik- und Biomasseunternehmen. Gemeinsam mit über 80 Gästen diskutierten wir auch mit unserer Umwelt-Fachfrau aus dem Landtag, Sandra Redmann, und unserem SPD-Kreisvorsitzenden Lars Winter. Dabei wurden Konfliktthemen wie die Begrenzung der Biomasse, die Ausbaukorridore für Ökostrom oder die Neuregelung bei

für Ökostrom oder die Neuregelung bei der EEG-Umlagenbefreiung für energieintensive Unternehmen diskutiert. Grundlage einer erfolgreichen Energiewende ist vor allem aber der bedarfsgerechte Netzausbau – für Ostholstein mit dem Entschluss der Bundesnetzagentur für eine 380-kV-Hochspannungsleitung von Göhl nach Lübeck ein aktuelles Top-Thema.

Ich setze mich nun schon seit über 10 Jahren dafür ein, dass wir eine möglichst verträgliche Stromtrasse

in Ostholstein bekommen können und habe bereits von 2003 bis 2009 diverse Veranstaltungen zu diesem Thema – damals noch mit E.On wegen einer geplanten 110kV-Trasse und mit meinem leider viel zu früh verstorbenen Kollegen Hermann Scheer – in Ostholstein gemacht. Im **März 2014** haben wir als SPD Ostholstein auf einer eigens dafür einberufenen Ortsvereinskonferenz mit dem TenneT-Projektleiter für 380-kV-Leitungen in Schleswig-Holstein, Carsten Schmidt, und dem Stabstellenleiter Energiepolitik, Tobias Goldschmidt, über die schwierige Suche nach einer verträglichen **380-kV-Trasse in Ostholstein** diskutiert. **Wir waren uns schon damals als SPD in Ostholstein einig, dass ein Seekabel in der Ostsee die beste Option darstellen würde. Auch eine Erdverkabelung muss im Blick behalten werden. Ich habe immer wieder öffentlich darauf hingewiesen, dass TenneT OHNE neue gesetzliche Grundlage mit Ostholstein als „Modellprojekt“ diese Optionen NICHT planen darf.** Aktuell werden Gesetzesänderungen für weitere Pilotvorhaben vorbereitet. Bei Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel setze ich mich mündlich wie schriftlich schon seit langem für unsere Trasse in Ostholstein als Pilotvorhaben ein. Sigmar Gabriel hat mir am 24. März geantwortet, dass



© Studio Kohlmeier, Berlin

die Ostküstenleitung als Pilotvorhaben für den Netzentwicklungsplan 2015 in Frage kommt: *„Im Herbst 2016 soll dieser NEP von der Bundesnetzagentur bestätigt werden. Im Jahr 2016 wird sich daher die Frage stellen, ob auch die Ostküstenleitung Kandidat für ein weiteres Pilotvorhaben sein kann“.* Also werden wir jetzt als Sozialdemokraten um dieses Pilotvorhaben mit aller Kraft gemeinsam mit den Menschen in Ostholstein kämpfen!

Unschätzbar wichtig für ein Gelingen der **Energiewende mit dezentraler Struktur: unsere Stadtwerke**, die durch die Blockadehaltung der vier großen Energiemonopolisten – speziell durch E.on und RWE – bei der Netzübergabe an kommunale Stadtwerke gerade in Süd- und Ostholstein in Gefahr sind. Mit über 100 Gerichtsverfahren, die die alten Netzbetreiber provozierten, werden die kommunalen Netzübernahmen auf dem Rücken der Stromkunden aktuell blockiert. Dieser Zustand ist inakzeptabel: Stadtwerke müssen ihren Aufgaben der öffentlichen Daseinsvorsorge – und dazu gehört die Energieversorgung vor Ort – ohne die Schikane machthungriger Energiemultis ausüben können. Wie bereits beim **1. Stadtwerkegespräch im Bundestag im Juni 2013** diskutierten Dr. Nina Scheer und ich beim **2. Stadtwerkegespräch in den Räumen der Stadtwerke Eutin am 11. Juni 2014** mit rund 30 Vertretern von Kommunen, Stadtwerken, dem Verband kommunaler Unternehmen und der Gesellschaft für Kommunalberatung die weiterhin bestehenden Probleme bei der Vergabe der seit 2009 ausgelaufenen Konzessionsverträge für Stromnetze. Am **15. Dezember** setzten wir die Gesprächsreihe dann mit dem **3. Stadtwerkegespräch in Berlin** fort und holten dort hochrangige Vertreter aus dem Bundeswirtschaftsministerium und der Bundesnetzagentur an den Tisch, um Lösungswege für die Situation der Stadtwerke konkret zu besprechen: Noch 2015 werden gesetzlich Änderungen am Energiewirtschaftsgesetz vorgenommen, wo wir gesetzliche „Stellschrauben“ u.a. so ändern wollen, dass die kommunale Netzübernahme künftig unbürokratisch klappt – die „Multis“ müssen in die Schranken gewiesen werden und unsere **Stadtwerkegespräche wollen Nina Scheer und ich auch 2015 fortsetzen!**

5. Glaubwürdig durch Information und Transparenz

Seit 2003 bin ich eine von wenigen „gläserne Abgeordneten“ im Deutschen Bundestag – das heißt: **Ich veröffentliche alljährlich meine Einkünfte und Ausgaben analog zu meinem Steuerbescheid.** Zuletzt habe ich im August 2014 meine Diätenbezüge und steuerlich wirksamen Ausgaben von 2013 offengelegt – dieser und alle vorangegangenen Bescheide seit 2003 sind auf meiner Homepage nachlesbar. **Im Januar 2015 hat mich das Internetportal www.abgeordnetenwatch.de namentlich und als eine von wenigen Abgeordneten für diese Transparenz im Bundestag gelobt – auch die regionale Presse hat**

darüber sehr positiv berichtet. Gemeinsam mit 42 Bundestagskollegen – davon allein 23 aus der SPD, aber nicht ein einziger CDU-Abgeordneter – habe ich auch den „Abgeordneten-Kodex“ unterzeichnet – und mache seitdem neben meiner Steuererklärung auch Treffen mit Lobbyisten und meine Dienstreisen öffentlich. Nicht zuletzt die Debatte über Nebeneinkünfte von Bundestagsabgeordneten während des letzten Bundestagswahlkampfes hat wieder einmal gezeigt, wie wichtig diese Transparenz ist, um das Vertrauen in die Politik zu stärken. Übrigens: Nebeneinkünfte habe ich keine – dazu bleibt neben dem „Fulltime-Job“ im Bundestag und im Wahlkreis auch gar keine Zeit!

Daneben habe ich die Öffentlichkeit auch zu vielen anderen Themen informiert und seit April 2013 bis März 2015 exakt 118 herausgegeben. Dazu kommt der Newsletter „Bundestag direkt“, in dem alle Bundestagsabgeordneten der SPD-Landesgruppe Schleswig-Holstein regelmäßig über die Schwerpunkte ihrer Arbeit und über gemeinsame Veranstaltungen und Initiativen berichten. Meine Themen waren in den letzten Ausgaben u.a. die Folgen der Kürzungen bei den Jobcentern für die aktive Arbeitsmarktpolitik, die SPD-Erfolge in den Haushaltsverhandlungen 2014, der Ausbau der Kindertagesbetreuung und – natürlich

– die Fehmarnbeltquerung und ihre Hinterlandanbindung. **Alle Pressemitteilungen und Newsletter stehen – genau wie meine Reden, Infopapiere und persönlichen Erklärungen – auf meiner Homepage zum Nachlesen zur Verfügung.**

Zur Transparenz zählt für mich aber auch, möglichst vielen Menschen den direkten Einblick in die Arbeit des Bundestages zu ermöglichen. Deshalb freut es mich, dass ich seit April 2013 **insgesamt 54 Besuchergruppen mit deutlich über 2.000 Ostholsteinern** empfangen konnte – darunter **mehr als 1.500 Schüler**, die den Bundestag besucht und mit mir oder (in sitzungsfreien Wochen) mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Gespräche geführt haben. Allen Klassen biete ich auch einen Besuch von mir in ihrer Schule im WiPo-Unterricht an, um über die Arbeit des Bundestages zu berichten, offene Fragen zu beantworten und gerne auch zu diskutieren.



Schülerinnen und Schüler der Schule an den Auewiesen aus Malente am 19.02.2015 im Deutschen Bundestag. © Fotostelle des Bundestages

Besonders spannend ist stets das Besuchsprogramm der **dreitägigen politischen Informationsfahrten** nach Berlin, zu denen ich binnen zwei Jahren wieder rund 450 Bürgerinnen und Bürgern aus Ostholstein und Nordstormarn einladen konnte. Da die Warteliste sehr lang ist, nehme ich vorzugsweise ehrenamtlich engagierte Menschen als kleines „Dankeschön“ für ihre Arbeit in Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik mit. Außerdem lade ich regelmäßig engagierte Jugendliche mit ihren Betreuern ein – interessierte junge Menschen zu fördern, halte ich in unserer Gesellschaft für besonders wichtig. **Insgesamt sind seit meinem Einzug in den Bundestag rund 12.000 Menschen aus meinem Wahlkreis zu mir nach Berlin gekommen, darunter über 7.300 Jugendliche.**

Besonders spannend ist stets das Besuchsprogramm der **dreitägigen politischen Informationsfahrten** nach Berlin, zu denen ich binnen zwei Jahren wieder rund 450 Bürgerinnen und Bürgern aus Ostholstein und Nordstormarn einladen konnte. Da die Warteliste sehr lang ist, nehme ich vorzugsweise ehrenamtlich engagierte Menschen als kleines „Dankeschön“ für ihre Arbeit in Vereinen, Verbänden und der Kommunalpolitik mit. Außerdem lade ich regelmäßig engagierte Jugendliche mit ihren Betreuern ein – interessierte junge Menschen zu fördern, halte ich in unserer Gesellschaft für besonders wichtig. **Insgesamt sind seit meinem Einzug in den Bundestag rund 12.000 Menschen aus meinem Wahlkreis zu mir nach Berlin gekommen, darunter über 7.300 Jugendliche.**

6. Engagement für die Jugend

Doch nicht nur Besuchergruppen haben die Gelegenheit, den Bundestag mit eigenen Augen „live“ zu erleben. Daneben gibt es immer wieder Veranstaltungen und Projekte, die ich nutze, um **Menschen aus meinem Wahlkreis Türen in Berlin zu öffnen**, die sich aus erster Hand über die Bundespolitik informieren und ihr „Netzwerk“ für die ehrenamtliche Arbeit erweitern wollen. Seit 2004 beteilige ich mich etwa beim Bundestags-Planspiel „**Jugend und Parlament**“, wo jedes Jahr etwa 300 Jugendliche bundesweit Parlamentsluft „schnuppern“ und nicht nur in den Fraktions- und Ausschusssälen, sondern sogar im Ple-



Mit Marcel Müller im Paul-Löbe-Haus. © Büro Hagedorn, Berlin

narsaal des Deutschen Bundestags für vier Tage in die Rolle von Bundestagsabgeordneten schlüpfen. Im Sommer 2014 war **Lukas Zeidler aus Wesenberg/Nordstornarn** in Berlin – er war bereits der 7. Teilnehmer, der auf meine Einladung hin an „Jugend und Parlament“ teilnehmen konnte.

Eine ganz ähnliche Form der Beteiligung von Jugendlichen hat die SPD-Bundestagsfraktion im Frühjahr 2012 „neu aufgelegt“: Bei dem viertägigen **Planspiel Zukunftsdialog** können bis zu 100 Schülerinnen und Schüler, Auszubildende und Studierende die Rolle von Abgeordneten in der SPD-Bundestagsfraktion übernehmen und in einem realistischen

Planspiel ihre eigenen Ideen einbringen und diskutieren. Im **April 2013** konnte ich gleich zwei Schülerinnen aus meinem Wahlkreis, **Celina Harms, vom Ostsee-Gymnasium Timmendorfer Strand** und **Klara Meininghaus vom Voß-Gymnasium Eutin**, die Teilnahme an diesem Planspiel ermöglichen. Anfang **Dezember 2014** erhielt der 20-jährige Juso **Marcel Müller aus Stockelsdorf**, der bereits 2013 als damals 19-jähriger Youngster erfolgreich bei der Kommunalwahl für in der Gemeindevertretung kandidiert hatte und seitdem in Stockelsdorf erste kommunalpolitische Erfahrungen sammelt, das begehrte Ticket nach Berlin – dort wurde er auch gleich zum Fraktionsvorsitzenden der simulierten SPD-Bundestagsfraktion gewählt!

Um jungen Menschen einen direkten und intensiven Einblick in meine Arbeit in Berlin zu ermöglichen, gebe ich **Praktikanten** aus Ostholstein und Stormarn diese Chance – allein seit 2013 haben mich **16 junge Menschen für eine oder mehrere Wochen** während der Sitzungswochen des Bundestags begleiten und persönlich und authentisch erfahren können, wie Bundespolitik „funktioniert“ und wie vielschichtig und zeitaufwendig der „Job“ als MdB so ist. Aktuell steht der **fehmaraner Englisch- und Publizistik-Student Ansgar Löcke** vor der letzten Woche seines zweimonatigen Praktikums in meinem Berliner Büro, ab August hat dann der Ostholsteiner Juso **Jan Jensen aus Stockelsdorf** die Gelegenheit, Erfahrungen im politischen Berlin zu sammeln. Zweiwöchige Schülerpraktika machten allein 2015 bei mir im Januar Robin Thomas aus Köln und Matts Nissen aus Sierksdorf sowie Josha Buhl aus Ratekau.

Zusätzlich habe ich mich am **25. April 2013 zum neunten Mal in Folge** am „Girls‘ Day“ beteiligt und die **17-jährige Pia Krämer aus Techau** zu einem Blick hinter die Kulissen des Bundestages eingeladen. Es ist mir ein besonderes Anliegen, junge Frauen mit Interesse an der Politik in ihrem Engagement zu fördern. Deshalb unterstütze ich gerne den wichtigen Beitrag, den der Girls‘ Day leistet, um Mädchen und Frauen neue Perspektiven in der Ausbildung und im Erwerbsleben zu öffnen. Ende **April 2015** freue ich mich auf **Sophie Faber vom Leibnitz-Gymnasium Bad Schwartau**. Die Stockelsdorferin hatte im Oktober 2014 bereits eine Woche Praktikum bei mir gemacht und einen tollen Eindruck hinterlassen.



Mit Sophie Faber bei ihrem zweiten Besuch in Berlin. © Büro Hagedorn, Berlin

Nicht zuletzt kann ich als „Patin“ im Rahmen des Parlamentarischen Patenschafts-Programms des Deutschen Bundestags und des US-Kongresses 2015/16 zum dreizehnten Mal einem jungen Menschen ein Austauschjahr in den USA ermöglichen. Nachdem 2013 mein „Patenkind“ **Thore Prüße aus Stockelsdorf** wohlbehalten nach einem Jahr im Norden Michigans wieder zuhause angekommen ist, hat sich 2014 **Jasper Wiezorek, Schüler der Cesar-Klein-Schule in Ratekau, aus Ahrensbök** auf den Weg nach Amerika gemacht. Im **Sommer 2015** wird die **23-jährige Industriekauffrau Miriam Frey**

aus Oldenburg i.H. die Reise über den „Großen Teich“ antreten.

Auch für **Nachwuchskräfte in der regionalen Wirtschaft** setze ich mich ein: 2013 habe ich mich zum 6. Mal am **Know-how-Transfer der Wirtschaftsunioren** mit Abgeordneten des Deutschen Bundestags beteiligt. Dabei waren im Mai 2013 Hauke Gosau, ehemaliger Landesvorsitzender und Bundesvorstandsmitglied der Wirtschaftsunioren, und im Mai 2014 Arne Pröbß, Geschäftsführer der Optimal Veranstaltungstechnik Lübeck, die mich zusätzlich zum Programm der Wirtschaftsunioren-Tagung bei meiner Arbeit begleiten konnten. Im Dezember 2014. Im Januar 2015 traf ich den **Jung-Landwirt Erik von der Decken aus Benz** in der Gemeinde Bad Malente in Berlin. In einem etwa zweistündigen Gespräch diskutierten wir über aktuelle Themen wie den Mindestlohn und über die Herausforderungen für den ländlichen Raum.

7. Engagement für Frauen



Ladies Day am 25. Februar 2015. © SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Seit 2003 arbeite ich gezielt daran, ein **Netzwerk zwischen Frauen in Wirtschaft und Politik** aufzubauen und weibliche Führungskräfte aus Unternehmen sowie Betriebsräten und Gewerkschaften, aus gesellschaftlichen Institutionen, Verbänden und Vereinen zum intensiven Gedankenaustausch mit uns Politikerinnen zusammen zu bringen: Dies ist die Leitidee des **Ladies' Day**, den ich **2003** gemeinsam mit meiner langjährigen SPD-Haushaltsausschuss-Kollegin Petra Merkel **in Berlin** ins Leben gerufen habe. Diese Initiative hat 2013 ihr **zehnjähriges Jubiläum** gefeiert – meine Gäste im Reichstag waren damals **Ute Stahl aus Süsel**, Gesamtschulleitung an der UKSH-Akademie Lübeck und Kiel, und **Nikola Vagt**, die stellvertretende Leiterin des NABU Wasservogelreservats in Wallnau/Fehmarn.

Den zehnten Geburtstag des Berliner Ladies' Day feierten Petra Merkel und ich am **13. August 2013 im Hansa Park mit einem 5stündigen Programm und 120 "Powerfrauen" aus Ostholstein und Stormarn**. Der **1. Ladies Day Ostholstein** hatte mit spannenden Talkrunden, einem tollen Buffet, imposanten Show-Acts und viel "Networking" ein spannendes Programm zu bieten. Am Ende eines fulminanten Abends rundeten die A-Capella-Solo-Darbietungen der Sängerinnen Lene Krämer und Michaela Homann-Speck den Abend mit „Gänsehautfeeling“ ab: „What a wonderful world“ und „You've got a friend“ ... eine Tradition war geboren! Am **8. Juli 2014** fand dann mein **zweiter „Ladies' Day“ auf Einladung der Leiterin Inka Kielhorn im Bugenhagen Werk in Timmendorfer Strand** statt, der mit ca. 70 Teilnehmerinnen wieder informativ und erfolgreich war. Eines der vielen Highlights: die Talkrunde mit der neuen **ZVO-Chefin Gesine Strohmeier**, die erst 10 Tage zuvor überraschend deutlich in geheimer Wahl gewählt worden und extra aus Schwerin zu unserem Power-Frauen-Abend angereist war, um sich zu vernetzen. Im Sommer 2015 wird der 3. „Ladies' Day“ in Ostholstein stattfinden – die Planung hat begonnen.



Ladies Day am 13. August 2013 im Hansapark. © Büro Hagedorn, Eutin

An diesem 8. Juli wurde auch die Idee zu einer „Premiere“ geboren, die nach 12 Jahren Zugehörigkeit

zum Bundestag bei mir naturgemäß selten geworden sind: **Vom 26. bis 28. November 2014 fuhr die erste rein weibliche 50köpfige Besuchergruppe auf meine Einladung für 3 Tage nach Berlin!** Außer Networking und viel Spaß stand ein interessantes Besuchsprogramm auf dem Plan, bei dem der Besuch der „WeiberWirtschaft“ – der seit 1990 existierenden größten Frauengenossenschaft Europas – besonders begeisterte.



Mit Aydan Özoğuz und Hatice Kara in Timmendorfer Strand.

Am 25. Februar 2015 folgten erneut sieben Powerfrauen aus Ostholstein meiner Einladung zum **Ladies' Day 2015** nach Berlin: die Eutiner Stadtmanagerin Kerstin Stein-Schmidt und die Grafikdesignerin Annett Schroeder, die Versicherungsmaklerin aus Kesdorf Martina Grell, die Geschäftsführerin des Pansdorfer Senioren- und Pflegeheims „Zur Eiche“, Petra Groß-Schulte, sowie die drei Vorstandsfrauen von LebensTräume e.V. aus Bad Schwartau, Christine Burdorf, Barbara Grabbet und Eva Simmann. **Im Eutiner Wahlkreisbüro können sich Interessierte bereits für den Ladies' Day 2015 in Ostholstein oder 2016 in Berlin vormerken lassen.**

Ein weiteres Projekt zur Förderung engagierter junger Frauen ist das **Mentoringprogramm des SPD-Landesvorstands**, für das wir am 9. September 2014 in der Gustav Heinemann Bildungsstätte in Bad Malente den offiziellen Startschuss gegeben haben. **Als Mentorin unterstütze ich vier junge Frauen**, die sich bereits bei den Jusos engagieren: Das Programm ist auf bis zu 16 Monate angelegt, in denen die Mentees, die durch die SPD-Kreisverbände ausgewählt wurden, zwei Projekte mit den Instrumenten professioneller politischer Projektplanung durchführen werden.



Mit Manuela Schwesig am Equal Pay Day 2015. © SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Pünktlich zum Internationalen Frauentag am 8. März hat der Deutsche Bundestag am 6. März die gesetzliche Einführung der **Frauenquote in den Führungsgremien von Wirtschaft und Verwaltung** – getreu unserem Motto: **versprochen – gehalten!** – auf Grundlage des Gesetzentwurfes von Frauenministerin Manuela Schwesig und Justizminister Heiko Maas (beide SPD) beschlossen. Damit hat die SPD endlich einen Schlusstrich unter eine Phase von über 10 Jahren gesetzt, in denen die Wirtschaft sich freiwillig und völlig erfolglos verpflichtet hatte, eine angemessene Beteiligung von Frauen in Führungspositionen umzusetzen.

Insofern ist die jetzt ab 2016 beschlossene 30prozentige Quote in Aufsichtsräten von börsennotierten und voll mitbestimmungspflichtigen Unternehmen zwar nur ein erster – aber dennoch historischer – Schritt für einen verpflichtenden Frauenanteil in bis heute fast rein männerdominierten Führungsgremien der Wirtschaft – dieses Gesetz stellt einen längst überfälligen Paradigmenwechsel dar.

8. Flüchtlingspolitik – Herausforderung auch in Ostholstein

Die Bürgerkriege insbesondere im Nahen Osten und die Tyrannei der IS-Terroristen haben 2014 zu einem enormen Anstieg der Flüchtlingszahlen geführt. Die Zahl der Asylanträge stieg in diesem Jahr auf über 200.000 – für 2015 rechnen alle politisch Verantwortlichen mit einer erneuten Steigerung. Die Herausfor-

derung ist vor allem: Diese Flüchtlinge werden absehbar bei uns bleiben, weil es eine Rückkehr in ihre zerstörten Heimatländern, wo ihr Leben auch künftig bedroht sein wird, vermutlich nicht geben kann. **Es gehört zu den Lichtblicken 2014, dass sich so viele Menschen in Deutschland und auch in unserer Region ehrenamtlich für diese Flüchtlinge einsetzen, ihnen ein Willkommen signalisieren, sie bei Behördengängen unterstützen, die Sprachbarrieren zu überwinden suchen, den Kindern Freude bereiten, den Familien im Alltag helfen.**



Mit Aydan Özoğuz zu Besuch bei der Wohngemeinschaft in Bad Malente.
© Pressedienst OH

Am **5. September 2014** war ich auf Einladung der **SPD in Stockelsdorf** zu Gast beim dortigen „Nachbarschaftsplausch“ im Garten am Migrantenwohnheim, wo wir mit den Anwohnern einig waren im Bemühen um dezentrale Flüchtlingsunterkünfte. Das Thema hat mich allerdings auch schon in der Vergangenheit bewegt. Am **6. August 2013** besuchte ich zum wiederholten Male die Wohngemeinschaften unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die überwiegend aus Afghanistan kommend von der Polizei bei der Durchreise nach Skandinavien aufgegriffen und bei uns unter der Obhut des Deutschen Kinderschutzbunds Ostholstein u.a. in Zarnekau und Eutin betreut werden. Dieses Mal besuchte ich gemeinsam

mit der jetzigen Migrationsbeauftragten im Kanzleramt, **Aydan Özoğuz**, eine Wohngruppe in **Bad Malente**. Mehrere der Flüchtlinge haben inzwischen ihren Hauptschulabschluss an der Kreisberufsschule und den Einstieg in Praktikum und Ausbildung geschafft und damit gezeigt, dass gute Betreuung der oft traumatisierten Jugendlichen nach häufig jahrelanger Flucht und schneller Spracherwerb der wichtigste Baustein für eine erfolgreiche Integration sind.

Vor allem die Kommunen und Länder haben seit 2014 mit den steigenden Flüchtlingszahlen eine organisatorisch enorme Herausforderung zu bewältigen – die Flüchtlingswelle ist ähnlich groß wie zuletzt in den 90er Jahren. **In Anerkennung dieser Herkulesaufgabe stellt der Bund den Städten und Gemeinden (über die Länder) deshalb für 2015 und 2016 jeweils 500 Mio. Euro zur Verfügung, um die Zuwanderung bewältigen zu können.** Aber nicht nur die Unterkunftsproblematik soll damit entschärft werden – ebenso wie mit dem Beschluss des Haushaltsausschusses, leerstehende, bundeseigene Liegenschaften kostenfrei an Kommunen abzugeben, wenn sie für Flüchtlingsunterkünfte genutzt werden sollen. Die Länder sollen mit dem Geld u.a. auch die Sammelunterkünfte verstärken und die Kommunen z.B. durch zusätzliche Lehrkräfte unterstützen, damit gerade den Familien mit Kindern die Integration erleichtert wird. 2014 hatte die Große Koalition bereits außerdem in Abstimmung mit dem Bundesrat das Asylbewerberleistungsgesetz u.a. mit höheren und früheren Leistungen (entsprechend SGB XII) sowie dem Anspruch auf das Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder geändert und damit Länder und Kommunen finanziell enorm entlastet. Flüchtlinge müssen seitdem auch endlich in Deutschland nicht länger 4 (!) Jahre ohne Arbeitserlaubnis zum Nichtstun verdammt sein. Um angesichts steigender Asylantragszahlen zügige Verfahren für alle Antragsteller zu sichern, haben wir im zuständigen Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg schon 2014 zusätzliche 300 Personalstellen eingerichtet, 2015 werden weitere 350 Stellen hinzugekommen.

Im Haushaltsausschuss haben wir des Weiteren die Mittel für die wichtige Arbeit der Jugendmigrationsdienste und der Migrationsberatung für Erwachsene um insgesamt 9 Mio. Euro erhöht. Nachdem wir bereits im Koalitionsvertrag vereinbart hatten, dass jeder Neuzuwanderer das Recht und die Möglichkeit auf ein Erstberatungsgespräch haben soll, haben wir so dafür gesorgt, dass die steigende Nachfrage nach Beratung und Hilfestellung auch bewältigt werden kann. Das wichtigste Instrument zur Integration ist je-

doch die deutsche Sprache: Darum hat der Haushaltsausschuss schon **für 2014 für Sprachkurse 45 Mio. Euro mehr bereit gestellt** als die CDU-Minister Schäuble und de Maizière es im Regierungsentwurf für den Haushalt vorgesehen hatten – dort wollen wir aber 2015/2016 deutlich mehr!

9. Arbeit und Soziales: SPD-Erfolgsstory mit Mindestlohn und Rentenverbesserung!

Gesagt. Getan. Gerecht: Seit Jahren hat die SPD an der Seite der Gewerkschaften in jedem Wahlkampf **für einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro** gekämpft, den CDU/CSU und FDP ebenso lange erbittert verhindern wollten. Am **3. Juli 2014** war endlich der historische Tag: An diesem Tag stimmte der Bundestag mit übergroßer Mehrheit (nur die Linke enthielt sich komplett der Stimme und bei der Union waren fünf Unbelehrbare dagegen) für den Mindestlohn und sorgte so dafür, dass für mindestens 3,7 Mio. Menschen bundesweit ab 1. Januar 2015 das Lohndumping ein Ende hat. Für tausende Beschäftigte in Ostholstein mit seinen traditionell niedrigen Löhnen im Dienstleistungs- und Gastgewerbe ist das ein besonderer Meilenstein: 2013 arbeiteten hier über 20.000 Menschen für weniger als 6,50 Euro pro Stunde – davon über 8.500 sogar in Vollzeit! Diese Menschen erhalten jetzt die



vermutlich größte Lohnerhöhung ihres Lebens. Dass nach wie vor viele Arbeitgeber leider – gesetzeswidrig – mit mancherlei Tricks immer noch versuchen, diese gesetzliche Lohnuntergrenze zu umgehen, ist schlicht illegal und muss angezeigt und verfolgt werden. Darum werden wir es auch nicht zulassen, dass eine Kontrolle dieses Mindestlohnes als „Bürokratiemonster“ verunglimpft wird: Es geht schließlich darum, dass der Wille des Gesetzgebers respektiert und umgesetzt wird.

Der 3. Juli 2014: Ein historischer Tag für Deutschland. © Büro Hagedorn Berlin

Am 23. Mai 2014 haben wir in Berlin das **Rentenpaket – die abschlagsfreie Rente nach 45 Beitragsjahren ab 63 und die Mütterrente für diejenigen Frauen, die vor 1992 Kinder geboren haben** – verabschiedet. Davon profitieren allein 2014 auf Anhieb etwa 10 Millionen Menschen bundesweit, insbesondere jene Männer und Frauen, die über Jahrzehnte – oft körperlich schwer – auf dem Bau, im Handwerk, im Einzelhandel, in Pflegeheimen oder Krankenhäusern, oft auch im Schichtbetrieb und am Wochenende gearbeitet und sich nach einem langen Arbeitsleben ihren Ruhestand redlich verdient haben! Die „Mütterrente“ kommt jenen Müttern zu Gute, die vor 1992 zuhause Kinder erzogen haben und aus dem aktiven Berufsleben teilweise ausscheiden mussten, weil die notwendige Infrastruktur von Ganztagschule und frühkindlicher Kinderbetreuung damals in (West-)Deutschland noch komplett fehlte. Diese Mütter haben deshalb eine Lücke im Erwerbsleben, die ihren Rentenanspruch spürbar schmälert. Seit 1. Juli 2014 erhalten nun etwa 9,5 Millionen dieser Mütter rückwirkend monatlich pro Kind 28,60 Euro mehr – und das automatisch und unbürokratisch ohne Antrag.



Auf der Betriebsrätekonferenz 2013. © SPD-Bundestagsfraktion, Berlin

Um auch den Kontakt und den Austausch zu Betriebs- und Personalräten zu stärken, organisiert die SPD-Bundestagsfraktion seit über 10 Jahren regelmäßige **Betriebsrätekonferenzen im Reichstag**. Jedes Mal habe ich Betriebsräte aus Ostholstein und Nordstormarn dazu nach Berlin eingeladen – so zum 18. Mal am **05. Juni 2013**, als wir mit Bernd Friedrichs als Konzern-

betriebsrat von Scandlines Deutschland aus Puttgarden, Inke-Marie Jaschinski als langjährige Betriebsratsvorsitzende der Asklepios-Klinik Bad-Schwartau und Vorsitzende der AfA Ostholstein sowie dem AfA-Landesvorsitzenden Wolfgang Mädels mit u.a. Frank-Walter Steinmeier über „**Deutschland 2020 – Mehr Mut zum Gestalten**“ diskutierten.

Am 27. Mai 2014 kam auf meine Einladung **Heinrich Alt, Vorstandsmitglied der Bundesagentur für Arbeit, ins Kreishaus in Eutin**, um dort vor 60 Vertretern aus Politik, Arbeitsagenturen und Jobcentern sowie Wirtschaftsverbänden aus der Region über die prekäre Finanzausstattung der Jobcenter und dessen gesellschaftliche Auswirkungen bundesweit vorzutragen – dieses Thema hatte Landrat Sager Anfang Februar mir und Herrn Gädechens bei einem Krisengespräch im Jobcenter Ostholstein präsentiert. Die **katastrophale Finanzlage der Jobcenter in Ostholstein** ist allerdings Ergebnis der schwarz-gelben Kahlschlagpolitik seit 2010: Dem Jobcenter Ostholstein standen wegen dieser milliarden schweren Kürzungen für die aktive Arbeitsmarktpolitik 2014 im Vergleich zu 2010 weniger als die Hälfte der Mittel für die Integration Langzeitarbeitsloser zur Verfügung – direkte Folge der Kürzungen, mit denen CDU/CSU und FDP bundesweit im Haushalt und Finanzplan bis 2016 35,6 Mrd. Euro gekürzt hatten. Auch der Wegfall hunderter Bürgerarbeitsplätze und des Programmes 50+ – bis 2014 befristet drei Jahre lang aus EU-Mitteln als Modellprojekt gefördert – war unser Thema **beim Besuch mit Heinrich Alt bei der BQOH in Lensahn** zu den dort angebotenen Maßnahmen für den beruflichen Wiedereinstieg speziell von Frauen und bei der **Neustädter Tafel**, um dort über den Erhalt dieser segensreichen Einrichtung in der Region zu diskutieren: **Herzlichen Glückwunsch den Aktiven der Neustädter Tafel, die im Dezember 2014 mit dem Anny-Trapp-Preis in Eutin ausgezeichnet wurden!!!**



Mit Heinrich Alt am 27. Mai 2014 zu Besuch bei der Neustädter Tafel. © Sylvia Blankenburg

10. Gesundheit und Pflege: Verbesserungen für Pflegebedürftige und Angehörige!



Sandra Redmann, Lars Winter, Ulla Schmidt und ich in Ratekau am 7. August 2013. © Büro Hagedorn, Eutin

Ein „heißes Eisen“, das durch den demografischen Wandel immer weiter an Bedeutung gewinnt, ist der fehlende Nachwuchs im Pflegebereich. Darum habe ich am 7. Januar 2013 gemeinsam mit **Schleswig-Holsteins SPD-Gesundheits- und Sozialministerin Kristin Alheit** zu einem 1. "Runden Tisch" in die **Mühlenberg-Klinik Bad Malente** eingeladen. Wegen des hohen Andrangs folgte am 24. Mai ein 2. „Runder Tisch“ – ebenfalls mit Kristin Alheit – im **Eutiner Elisabeth-Krankenhaus**, bei dem auch über die am 1. April 2013 in Kraft getretene „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ diskutiert werden konnte.

Am **7. August 2013** folgte der **3. Runde Tisch in der Kreisberufsschule Oldenburg** mit unserer ehemaligen SPD-Gesundheitsministerin **Ulla Schmidt** zum Thema „**Zukunftsperspektiven in Pflege und Gesundheitsberufen**“ – am gleichen Tag hatte ich zusammen mit Ulla Schmidt noch ein Fachgespräch zu Mutter-Vater-Kind-Kuren und abends eine Diskussionsveranstaltung zum Thema Bürgerversicherung. Der 4. Runde Tisch ist bereits fest für den 3. Juni 2015 geplant!

Dem Thema **Mutter-Vater-Kind-Kuren** gehört übrigens auch weiterhin in Berlin mein ganzes Engage-

gement. Im Jahr 2012 konnten auf meine Initiative und auf Druck des Haushaltsausschusses und des Bundesrechnungshofes erhebliche Verbesserungen bei der Bewilligungspraxis der Krankenkassen erreicht werden, die Kuranträge zuvor teils willkürlich abgelehnt hatten. Anfang 2015 haben mich allerdings mehrere Anbieter von Mutter-Vater-Kind-Kuren darauf aufmerksam gemacht, dass sich die Bewilligungspraxis der Krankenkassen in jüngster Zeit erneut zu verschlechtern scheint, insbesondere der **Preisdruck auf die Kliniken zulasten der Patientinnen und Patienten** immer mehr zunimmt. Ich habe daraufhin erneut Kontakt mit dem **Bundesrechnungshof** aufgenommen und erreicht, dass zu den Mutter-Vater-Kind-Kuren **eine Kontrollprüfung geplant** ist und dabei auch die angesprochenen neuen Probleme besondere Berücksichtigung finden werden.

„Versprochen – gehalten!“ gilt auch in dem für Ostholstein so wichtigen Bereich Gesundheit und Pflege. Deshalb haben wir als ersten Schritt am 17. Oktober im Bundestag das **Pflegestärkungsgesetz I** beschlossen, mit dem wir ab 1. Januar 2015 den Betreuungsschlüssel für alle Bewohnerinnen und Bewohner durch 45.000 zusätzliche Betreuungskräfte verbessern. Die Leistungssätze – zum Beispiel für die Pflegestufen – steigen im Schnitt um vier Prozent. Die Zuschüsse für Hilfsmittel werden ebenso substantiell erhöht wie die Zuschüsse für die altersgerechte Umrüstung der Wohnung (von bisher max. 2.557 Euro auf neu max. 4.000 Euro). Insgesamt stellen wir damit 2,4 Milliarden Euro mehr für die etwa 2,5 Millionen Pflegebedürftigen in Deutschland zur Verfügung. Wer kurzfristig die Pflege eines Angehörigen organisieren muss, wird eine **bis zu zehntägige bezahlte Auszeit vom Beruf nehmen** können – dies regelt **ab dem 1. Januar 2015 das Gesetz zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf**.



Bei meinem Praktikum in der Eutiner Onkologie.
© Sana Kliniken OH GmbH.

Ausblick: Das Pflegestärkungsgesetz II (unter anderem mit einem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff) soll 2016 beraten werden und 2017 in Kraft treten und noch in dieser Legislaturperiode werden wir ein Gesetz zur Stärkung der Pflegeberufe vorlegen. Damit wollen wir jungen Menschen eine gute Perspektive in Pflegeberufen bieten und gleichzeitig dem drohenden Fachkräftemangel vorbeugen.

Ich selbst habe 2013 und 2014 wieder **drei Praktika in der Pflege** gemacht, um im direkten Kontakt mit den Bewohnern, Patienten und Mitarbeitern vor Ort den realen Alltag besser kennenzulernen und diese Eindrücke mit in die politische Arbeit mitzunehmen. **So besuchte ich im August 2013 ganztags mit dem DRK Oldenburg ältere**

Menschen in Grube und Umgebung. Am 20. Januar 2014 war ich acht Stunden in den Sana Kliniken in Eutin – zunächst auf der Intensivstation und dann in der onkologischen Klinik – und am 21. November habe ich beim Medizinischen Pflegedienst in Oldenburg und Heiligenhafen hospitiert.

11. Engagement für das Technische Hilfswerk (THW)

Mit einigem Stolz durfte ich am 25. August 2014 die **Ehrenplakette des Technischen Hilfswerks** entgegennehmen, mit der sich das THW speziell für meinen langjährigen Einsatz in Berlin im Haushaltsausschuss für eine bessere Ausstattung des THW bedankt hat. So konnte ich z.B. als stellvertretende haushaltspolitische Sprecherin der SPD eine Mittelerhöhung um insgesamt **10 Mio. Euro für 2014** erreichen – so viel Geld gab es nie zuvor „on top“ für das THW in den Haushaltsberatungen! Mit 7 Mio. Euro konnte der teils überalterte Fahrzeugpark modernisiert werden, weitere 2 Mio. Euro kamen der engagierten Arbeit der Ortsvereine zu Gute, mit 920.000 Euro wurden die Aus- und Fortbildung und mit 80.000 Euro die Arbeit der Helfervereinigungen gestärkt.



Bei der Verleihung der Ehrenplakette am 25. August 2014. © THW

Mit der Haushaltsaufstellung für 2015 haben wir dann eine 27 Mio. Euro-Sanierungsoffensive für die teilweise maroden THW-Liegenschaften gestartet. Nachdem bereits sowohl der Ortsverband Oldenburg, den ich am 1. Juli 2013 zusammen mit unserem damaligen Innenminister Andreas Breitner besucht habe, als auch der Ortsverband Neustadt, wo ich am 16. Februar 2015 zusammen mit dem THW-Bundespräsidenten Albrecht Broemme einen „Blaulichtabend“ veranstaltet habe, bereits neue Unterkünfte ihr Eigen nennen können, **kommt als nächstes der Ortsverband Eutin an die Reihe: Der Neubau soll jetzt zügig in Angriff genommen werden – die Bundesfinanzierung steht!**

12. Mein Team in Berlin und Eutin

Meine Aufgaben in Berlin und im Wahlkreis könnte ich nicht ohne ein eingespieltes Arbeiterteam in Berlin und in meinem Wahlkreisbüro in Eutin bewältigen.

In **Berlin** kümmert sich von September 2014 bis Oktober 2015 Sonja Fesser, die die Elternzeitvertretung für Nadine Kadelka übernimmt, um alle Fragen der Büro- und Terminorganisation sowie die Besuchergruppen. Die wissenschaftliche Zuarbeit liegt in den Händen von Florian Schippmann, aufgewachsen in Neustadt, und den beiden früheren Eutinern Magnus Bünning und Timo Vogler, die in den vergangenen Jahren bereits als studentische Mitarbeiter in meinem Büro tätig waren. Jana Steinert, die mich bereits seit 2007 als wissenschaftliche Mitarbeiterin unterstützt, hat sich Anfang Juni 2014 in den Mutterschutz und die Elternzeit verabschiedet – wir wünschen ihr und Nadine samt Nachwuchs alles Gute!



„Büro-Selfie“, Sommer 2014.

Im Eutiner Wahlkreisbüro kümmert sich **Regina Voß** seit 11 Jahren und **Kirstin Winter** seit 7 Jahren jeweils halbtags um alles, was in Schleswig-Holstein anliegt und sind Ansprechpartnerinnen für Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Verbände und Institutionen. Ihnen allen gilt mein herzliches Dankeschön!

Mit freundlichen Grüßen

Jhse Behtne Ugedoe